

8 POLITIK

DIE WELT | SAMSTAG, 16. JANUAR 2021

Jeden Tag erstellen Beamte der Bundesregierung ein Lagebild, das nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist. Mal ist es 42, mal 45 Seiten lang. Die Experten des Krisenstabs von Gesundheits- und Innenministerium vermessen darin den Stand der Pandemie in Deutschland, mit Landkarten, auf denen sich die Landkreise in den vergangenen Wochen von Mal zu Mal dunkler färben. Einer der wichtigsten Punkte in den Berichten sind mittlerweile wieder Corona-Ausbrüche in Heimen:

LK Bautzen, Inzidenz 545,4: Die Infektionszahl ist in etwa 20 Prozent der Fälle auf Pflegeheime oder Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen zurückzuführen.

LK Saalfeld-Rudolstadt, Inzidenz 530: Bis Ende Dezember wurden Fälle in Zusammenhang mit drei Ausbrüchen in Alten- und Pflegeheimen übermittelt.

LK Meißen, Sachsen, Inzidenz: 523,3: Im LK Meißen sind seit Ende Dezember mehrere Alten- und Pflegeeinrichtungen von Ausbrüchen und Infektionen betroffen, einige schon vor Weihnachten.

VON MANUEL BEWARDER, ANETTE DOWIDEIT, CHRISTIAN SCHWEPPE UND TIM RÖHN

So las sich der Stand Anfang dieser Woche, und so geht es in der Landkreisliste weiter. Viele Corona-Tote lassen sich auf Ausbrüche in Alters- und Pflegeheimen zurückführen. In Schleswig-Holstein etwa waren es im Dezember rund 90 Prozent aller Fälle. Bereits vor ein paar Wochen erklärte das Robert-Koch-Institut: Man zähle fast doppelt so viele Ausbrüche wie in der ersten Welle. Gelange das Virus in ein Heim, stecke es durchschnittlich 20 Personen an. Bewohner und Pfleger kommen sich nah, dazu die Besuche der Familie. Kurzum: sehr viele Kontakte und sehr viele alte Menschen – perfekte Bedingungen für das Virus, um großen Schaden anzurichten. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte Anfang der Woche in einer Sitzung der Unionsfraktion laut Teilnehmern, die Lage in den Heimen betrübe sie.

Es stellt sich die Frage, wie es dazu kommen konnte. Schon in der ersten Welle der Pandemie waren die Heime mit ihren etwa 800.000 Bewohnerinnen und Bewohnern jene Orte, in denen das Virus besonders heftig um sich griff. Vor allem die Oppositionsparteien mahnten, dies dürfe sich nicht wiederholen. Viele Heime hatten sich damals zunächst abgeschottet – sodass die Bewohner vereinsamen. Das sollte sich nicht wiederholen. Nach einer breiten gesellschaftlichen Diskussion folgte ein Mittelweg: offen sein für notwendige Besuche und doch geschützt vor dem Virus, so gut es geht.

Im Oktober, als die zweite Welle sich erst langsam anbahnte, warnte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) im Gesundheitsausschuss: Alle Studien zeigten, die Hauptrisikokorrelation sei das Alter. Alle Beteiligten waren sich damals einig, dass drei Dinge notwendig seien, um die Alten zu schützen: Schutzmaterial, Schnelltests und ausreichend Personal für eine Branche, in der schon zu normalen Zeiten mehr als 20.000 Pfleger fehlen. Und doch haben die Maßnahmen nicht ausgereicht.

In Köln etwa, Deutschlands viertgrößter Stadt, leitet Elisabeth Römsich ein Pflegeheim der Arbeiterwohlfahrt. 176 Bewohner leben hier, und das Virus breitete sich in den vergangenen Monaten aus: 60 Infektionen, 19 Menschen starben, auch 29 Mitarbeiter erkrankten. „Wir hatten und haben einen sehr starken Befall“, sagt Römsich. „Wenn das Virus einmal drin ist, dann ist es unglaublich schwierig, die Lage in den Griff zu bekommen. Für uns alle ist das sehr belastend.“

Doch warum konnten solche Fälle nicht verhindert werden? Das geringste Problem scheint das Schutzmaterial, es gibt – anders als im Frühjahr – genug FFP2-Masken, berichten Heimleiter. Auch die Idee mit den Tests schien zunächst gut anzulaufen: Ab Herbst sollten alle, die Heime betreten, per Schnelltest zuvor überprüft werden, mindestens zweimal pro Woche – so lautete die vage Vereinbarung zwischen Bund und Ländern. Allerdings: Eine tatsächlich verbindliche Abmachung wurde erst Mitte Dezember getroffen: Die Kosten für die Testkits übernehmen die Krankenkassen, die Heime mussten sie nur noch beschaffen. Zusätzlich aber mussten sie Helfer finden, die die Tests durchführen, denn das kostet Zeit. Und hier liegt das Kernproblem. Eine solche Zusatzaufgabe ist im Alltag eines Heimes kaum zu bewältigen. Mehr Personal wäre notwendig.

Edgar Franke ist SPD-Politiker und ehemaliger Vorsitzender des Gesundheitsausschusses im Bundestag. Er schaut auf die Todeszahl, die derzeit täglich in die Höhe geht, und findet: „Jetzt rächt sich, dass wir in den Pflege-

Nach der ersten Welle der Pandemie beteuerten Politiker und Behörden: Von nun an schützen wir die besonders Bedrohten – die Älteren in den Heimen. Doch das Versprechen halten sie nicht ein



Das Virus WÜTET, die Krisenmanager zaudern

Das Hanns-Lilje-Heim in Wolfsburg: Hohe Todeszahlen und Dutzende Coronainfektionen von Senioren wurden dort während der ersten Pandemiewelle bekannt

heimen viel zu spät und zu wenig getestet haben.“ Wieland Schinnenburg, FDP-Gesundheitsexperte, fordert schnelle Verbesserungen: Pflegeheime müssten zu „besonderen Schutzzonen“ werden – alle, die dort arbeiten und ein- und ausgehen, müssten getestet werden. „Auch die Bewohner müssen möglichst regelmäßig getestet werden.“

Kurz vor Weihnachten spitzte sich die Personalknappheit vielerorts zu. Die Infektionslage wurde schlimmer, gleichzeitig mussten die Heime jetzt auch noch die bald anstehenden Impfungen organisieren. Elisabeth Römsich in Köln etwa erstellte über Weihnachten mit ihrem Team ein neues Sicherheitskonzept, sie setzte umgehend die politischen Empfehlungen um: Zugang zum Heim nur noch mit negativem Schnelltest. Ein enormer Aufwand, immer muss ein Mitarbeiter am Eingang stehen, um Besucher abzufangen.

Aus der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege – dem Spitzenverband, zu dem etwa die Heimträger Caritas und Diakonie gehören – heißt es, bundesweit suche etwa jedes dritte Heim händeringend nach Hilfskräften für die Testungen, je zwei Kräfte pro Einrichtung. Das bedeutet: Im ganzen Land müssten derzeit dringend rund 9300 Hilfskräfte her. Nur: Wo sollen sie herkommen?

Für die Organisation sind eigentlich die Länder zuständig. Kurz vor Weihnachten endete allerdings die Geduld der Bundeskanzlerin. Angela Merkel sah zu wenig Fortschritt und machte den Personalmangel zur Chefsache. Sie rief zum informellen Krisengipfel im Kanzleramt. Merkel bat Spitzenvertreter von Wohlfahrtsverbänden, Hilfsorganisationen, Seniorenvertretungen und Kommunalverbänden zu sich. Ihre Idee: Zentral organisiert, orchestriert vom Bundeskanzleramt, sollten bald schon Tausende externe Kräfte in die Heime ausschwärmen.

Der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Christian Reuter, hatte einen anderen Vorschlag mitgebracht, berichtet Teilnehmer der Runde: Alle Bundesländer sollten in die Lage versetzt werden, den Katastrophenfall auszurufen, so wie Bayern es bereits getan hatte. Dies sei der schnellste Weg, um die ehrenamtlichen Sanitätshelfer vom Roten Kreuz, der Feuerwehr oder des Technischen Hilfswerks loszuschicken. Das Kanzleramt aber lehnte ab – weil man sich nicht noch einmal mit den oft eigenwilligen Länderchefs abstimmen wollte.

Stattdessen beauftragte das Kanzleramt die Bundesagentur für Arbeit, innerhalb von Wochen eine neue Internetplattform und Telefonhotline zu installieren, über die bundesweit Hilfskräfte angeworben werden sollten. Am 11. Januar, so die Vorgabe des Kanzleramts, sollte die Plattform starten. Doch vieles war ungeklärt. Etwa: Wer genau sollte die Hilfskräfte bezahlen, die laut den Plänen aus Merksls Zentrale 13 Euro pro Stunde erhalten sollten? Wie könne deren Qualifikation überprüft werden? Fragen warf auch die Verteilung der Helfer über das Bundesgebiet auf. Ende vergangener Woche schließlich richteten die Beteiligten einen dringenden Appell ans Kanzleramt: Die Plattform sei unbedingt noch nicht wie geplant am 11. Januar scharfzustellen, es gebe noch zu viele offene Fragen. Merkel fügte sich – doch sie schien verärgert.

Am Dienstag machte sie vor Unionspolitikern deutlich: Die Regierung habe alles vorbereitet, damit in Heimen mehr getestet werden könne. Die „praktische Umsetzung“ aber sei lückenhaft. Das Bundespresseamt gibt sich auf Anfrage von WELT nach dem aktuellen Planungsstand zugeknöpft. Es teilt knapp mit, dass weitere Gespräche mit den Beteiligten „derzeit laufen“. Mehrere Beteiligte halten es mittlerweile für möglich, dass die Plattform nie in Betrieb

gehen wird. Und falls doch, wird es wohl noch Wochen dauern, ehe die Hilfe vor Ort ankommt.

Der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Peter Neher, sagt: „Die nächsten zwei bis vier Wochen werden für die Einrichtungen der Altenhilfe im Kampf gegen das Virus entscheidend sein: Solange wird es noch dauern, bis die meisten Bewohnerinnen und Bewohner in den Heimen den vollen Impfschutz genießen.“ Der Weg über die Vermittlungsplattform der Bundesagentur für Arbeit sei „erkennbar für die überforderten Strukturen vor Ort nicht ausreichend“, da deren Auswahl und Schulung zusätzlich organisiert werden müsse. Neher fordert deshalb, den bisher ignorierten Vorschlag endlich umzusetzen: Deutschlandweit Sanitäter von Rotem Kreuz und anderen Hilfsorganisationen heranzuziehen, auch die Bundeswehr.

An alternativen Vorschlägen aus der Politik mangelt es nicht. Die Grünen-Pflegeexpertin im Bundestag, Kordula Schulz-Asche, plädiert etwa für kommunale Krisenstäbe, die die Lage in den Heimen im Blick behalten und im Notfall regionale Kriseninterventionsteams in die Heime schicken sollen. Und FDP-Gesundheitsexperte Schinnenburg schlägt vor, Studenten in die Heime zu schicken, die Studententjobs wegen Corona verloren haben.

Mittlerweile ist das Personalproblem bei den Testungen nicht mehr das einzige in den Heimen. Hinzu kommt, dass viele Pflegekräfte sich offenbar nicht impfen lassen wollen – obwohl sie viele Risikokontakte haben. In manchen Ländern gehen die Behörden gar von der Hälfte des Pflegepersonals aus, das sich derzeit nicht impfen lassen will. Einige Heimleiter kritisieren denn auch ein Versäumnis der Politik: Sie hätte Pflegekräfte direkter ansprechen und von Beginn an mitnehmen müssen, durch Informationsgespräche oder Broschüren.



DIE NÄCHSTEN WOCHEN WERDEN ENTSCHEIDEND SEIN. SOLANGE WIRD ES NOCH DAUERN, BIS DIE MEISTEN BEWOHNERINNEN UND BEWOHNER IN DEN HEIMEN DEN VOLLEN IMPFSCHUTZ GENIESSEN

PETER NEHER, Präsident des Deutschen Caritasverbandes

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) brachte prompt eine Impfpflicht für Pflegekräfte ins Spiel. Betreiber hingegen halten das für falsch: Eine solche Pflicht würde schlimmstenfalls dazu führen, dass Pfleger den Heimen fernblieben und die Versorgung der Bewohner nicht mehr sichergestellt wäre. Auch der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Andreas Westerfellhaus, hält eine solche Pflicht für „kontraproduktiv“. Er sagte zu WELT: „Vergessen wir nicht, gegen wen sich die Impfpflichtandrohung richtet, nämlich gegen die, die während der Pandemie Einsatz zeigen und die dabei auch ihre Gesundheit riskieren.“ Niemand aber hat derzeit eine Antwort auf die drängende Frage, wie sich dieses Dilemma auflösen ließe: Auf impfunwillige Pflegekräfte können die Heime praktisch nicht verzichten – und dennoch stellen sie eine Gefahr für Bewohner dar.

Die Testungen, das Impfen, die sich ständig ändernden Erwägungen der Politik: All das zusammen führt zu einer enormen Überlastung in vielen Einrichtungen, mitten in der Hochpandemiezeit. Mancherorts kommt noch ein Problem hinzu – nämlich das, ob die ebenfalls überlasteten Kliniken all die infizierten Heimbewohner überhaupt noch aufnehmen können.

WELT liegt dazu ein bemerkenswertes Dokument aus Sachsen vor, einem der Länder mit den höchsten Infektionszahlen. Anfang Dezember erhielten Ärzte dort Post der Kassenärztlichen Vereinigung. Darin war der Hinweis zu finden, dass stationäre Einweisungen älterer Covid-19-Patienten aus Pflegeheimen womöglich nicht unbedingt länger „die beste Handlungsoption“ seien. Eine Sauerstoffzufuhr könne nun auch in den Heimen selbst vorgenommen werden. Dafür müssten lediglich Sauerstoffkonzentratoren verordnet und geliefert werden. Dies sei „pragmatisches Handeln“, hieß es. Sollte die ambulante Sauerstoffgabe nicht ausreichen, sei „natürlich eine Krankenhausbehandlung in Erwägung zu ziehen“. Ärzte und Versorger in Sachsen sind sich uneinig über die Sinnhaftigkeit dieser Empfehlung. Die Kassenärztliche Vereinigung verteidigte den Vorschlag auf Nachfrage. Er sei „mit Fachspezialisten abgesprochen“, und natürlich solle in Heimen „nur nicht-invasiv beatmet werden“. Eine „ausgelagerte Notfallbetreuung“ sei das nicht. Die Kliniken in Sachsen seien aber eben überlastet.

Eugen Brysch, Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, kritisiert das Schreiben der Kassenärzte als „lebensgefährliche Handlungsempfehlung“. „Sie bedeutet praktisch die Verweigerung medizinischer Therapie im Krankenhaus.“ Covid-19-Patienten in Pflegeheimen ohne ausreichende Diagnostik und ärztliche Überwachung mit Sauerstoff zu versorgen, komme „einer Pflege-Triage gleich“. Der Präsident des Pflegeheimverbandes bpa, Bernd Meurer, warnt: „Würde die Verlagerung der Versorgung vom Krankenhaus ins Pflegeheim tatsächlich umgesetzt, wäre bei der jetzigen heftigen und anhaltenden Belastung der Pflegekräfte in den Heimen die Überforderung absehbar.“

So ist fast ein Jahr nach Beginn der Pandemie die Lage offensichtlich außer Kontrolle. Kaum etwas zeigt dies so deutlich wie die Tatsache, dass es selbst bis heute keinen wirklichen Überblick über das Ausbruchsgeschehen in den deutschen Heimen gibt. Liest man die täglichen Lageberichte des Robert-Koch-Instituts, findet man eher vage Formulierungen. Heftige Ausbrüche hier und dort – doch die zentrale Übersicht fehlt. Das Gesundheitsministerium hält den aktuellen Status für ausreichend: Der tägliche Situationsbericht des RKI weise auch Zahlen zum Infektionsgeschehen in Pflegeheimen aus, so eine Sprecherin. Mit der wichtigen Einschränkung: soweit die Daten von den Gesundheitsämtern übermittelt werden. Das RKI erklärte, man gehe bei den eigenen Zahlen von einer „Untererfassung“ aus.

Der Pflegeheimverband bpa schätzt auf Basis von Daten aus Nordrhein-Westfalen, dass es derzeit in mehr als jedem vierten Heim ein Infektionsgeschehen gibt. Das wären gut 3500 der insgesamt rund 14.000 stationären Pflegeeinrichtungen im Land. Deutlich aussagekräftiger als die Zahl der Infizierten, heißt es beim bpa, sei die Zahl jener, die im Heim an Covid-19 sterben. Von den mehr als 24.000 Menschen, die allein seit dem 1. Dezember am Virus starben, waren die meisten Heimbewohner.

Und so fällt umso mehr auf, wer tatsächlich handelt. Die Verteidigungsministerin etwa, die zum Schutz der Bewohner bis zu 10.000 Soldaten für Corona-Tests in die Heime abkommandieren will. Auch Annegret Kramp-Karrenbauer hatte offenbar die Geduld verloren, der Lage einfach weiter zuzuschauen. Den Schwächsten, sagte sie, müsse geholfen werden.

TT: IMAGES/ALEXANDER KOEBNER

